

Europäische Geldinstitute investieren in hohem Maße in Unternehmen, die in völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen tätig sind

Al Haq u.a., 05.12.22

Mehr als 700 europäische Banken, Vermögensverwalter, Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds halten Aktien und Anleihen im Wert von 115 Mrd. USD von 50 Unternehmen, die an Aktivitäten beteiligt sind, die nach Ansicht der Vereinten Nationen die Menschenrechte in besonderem Umfang verletzen. Zu den Aktivitäten der Unternehmen gehören der Bau von Siedlungen, die Erbringung von Dienstleistungen, der Abriss palästinensischer Häuser und die Überwachung von Palästinensern. Europäische Finanzinstitute gewähren diesen Unternehmen auch Kredite und Bürgschaften in Höhe von 171 Mrd. USD.

Indem sie das koloniale Unternehmen der Siedler direkt oder indirekt unterstützen, machen sich die Unternehmen mitschuldig an der Aneignung palästinensischen Landes, der Plünderung natürlicher Ressourcen und der gewaltsamen Vertreibung von Palästinensern aus ihren Häusern.

Ein neuer Bericht von *Don't Buy into Occupation (DBIO)* - einem Zusammenschluss von 24 europäischen und palästinensischen Organisationen in sieben europäischen Ländern - zeigt zum zweiten Mal in Folge, dass Hunderte von europäischen Finanzinstituten stark in Unternehmen investiert sind, die illegale israelische Wohn-, Landwirtschafts- und Industriesiedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten fördern.

„Diese Unternehmen spielen eine entscheidende Rolle für das Funktionieren, die Erhaltung und den Ausbau der völkerrechtswidrigen Siedlungen. Indem sie Kredite an diese Unternehmen vergeben oder in sie investieren, beteiligen sich die Finanzinstitute an Aktivitäten, die gegen internationales Recht verstoßen“, sagte Willem Staes, Koordinator der *DBIO*.

Die israelischen Siedlungen sind nach internationalem Völkerrecht illegal, stellen ein Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Der Siedlungsbau beruht auf der umfassenden Aneignung palästinensischen Landes sowie rechtswidrigem Bevölkerungstransfers in und aus den 1967 besetzten Gebieten. Zusammen mit dem Militärregime, das sie schützt, fordern die Siedlungen einen hohen Tribut, wenn es um die Rechte der Palästinenser geht, darunter Bewegungsfreiheit, Freiheit und Sicherheit sowie einen angemessenen Lebensstandard. Die Gewalt der Siedler gegen palästinensische Gemeinschaften nimmt ständig zu: physische Gewalt und Einschüchterung, Schüsse mit scharfer Munition, Abfackeln von Feldern und Viehbestand.

„Siedlungen sind ein grundlegender Bestandteil des israelischen Apartheidregimes über die palästinensische Bevölkerung. Indem sie dieses koloniale Unternehmen der Siedler direkt oder indirekt unterstützen, machen sich die Unternehmen mitschuldig an der Aneignung palästinensischen Landes,

der Plünderung natürlicher Ressourcen, der gewaltsamen Vertreibung von Palästinensern aus ihren Häusern und werden ihrer Verantwortung bei weitem nicht gerecht“, sagte Inès Abdel Razek von der palästinensischen Menschenrechtsgruppe PIPD, einem Mitglied der *DBIO*-Koalition.

Finanzinstitute sind nach den internationalen Leitlinien zu Wirtschaft und Menschenrechten verpflichtet, in militärisch besetzten Gebieten eine erhöhte Sorgfaltspflicht zu erfüllen. Vermögensverwalter sollten auf die Unternehmen, in die sie investieren, Druck ausüben, um negative Auswirkungen abzumildern und Finanzbeziehungen mit Unternehmen beenden, die nicht bereit sind, sich an internationales Recht und Menschenrechte zu halten. Dies geschieht jedoch nicht in dem Maße, wie es erforderlich wäre.

Zu den größten Gläubigern von Unternehmen, die in israelische Siedlungen involviert sind, gehören BNP Paribas, HSBC, Société Générale, Deutsche Bank, KfW-Bank und Barclays, gemessen am Kreditvolumen. Auf der Anlagenseite sind der Norwegian Government Pension Fund Global, Crédit Agricole, Groupe BCPE, Deutsche Bank, DZ-Bank, Allianz und Legal & General die führenden Investoren mit einer Beteiligung von insgesamt 44 Milliarden USD.

Der *DBIO*-Bericht 2022 zeigt, dass es einige rühmliche Ausnahmen von der Regel gibt. Der niederländische Pensionsfonds *ABP*, der norwegische Vermögensverwalter *Storebrand* und die größte norwegische Pensionsgesellschaft *KLP* haben in den vergangenen Jahren Unternehmen ausgeschlossen, die an Orten tätig sind, an denen die Gefahr besteht, dass sie zu Kriegsverbrechen beitragen, darunter eine beträchtliche Anzahl von Unternehmen, die aktiv mit den israelischen Siedlungen Geschäfte machen.

„Die Finanzinstitute täten gut daran, sich an ihren Konkurrenten zu orientieren, die in diesen Fragen nicht nur die Führung übernehmen, sondern weit voraus sind. Die damit verbundenen, gut dokumentierten Verstöße gegen internationales Recht und die negativen Auswirkungen, die von Unternehmen verursacht werden, die in die Siedlungen involviert sind, gibt es schon viel zu lange, als dass die Finanzinstitute so tun könnten, als ob sie nichts wüssten“, sagte Steinar Krogstad, stellvertretender Vorsitzender des norwegischen Gewerkschaftsbundes im Namen der *DBIO*-Koalition.

Der *DBIO*-Bericht 2022 fordert die Finanzinstitute auf, im Einklang mit ihrer Verantwortung nach internationalem Recht und internationalen Standards für verantwortungsbewusstes Wirtschaften eine verstärkte menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung vorzunehmen, zeitlich begrenzte und wirksame Maßnahmen auf der Grundlage der Ergebnisse von Folgenabschätzungen zu ergreifen, Druck auf Unternehmen auszuüben, die an den Siedlungen beteiligt sind, und andernfalls verantwortungsbewusst die finanziellen Beziehungen zu Unternehmen zu beenden, die nicht bereit sind, sich dem internationalen Recht und den Menschenrechten anzupassen.

Link zur Website *Don't buy into occupation*: <https://dontbuyintooccupation.org>

Link zum Bericht 2022 <https://dontbuyintooccupation.org/reports/dont-buy-into-occupation-report/>

Quelle: <https://www.alhaq.org/advocacy/20975.html>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de